

Liebe Freunde, liebe Passanten, liebe Genossinnen und Genossen!

Wir möchten heute Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedenken, die am 15. Januar 1919 ermordet wurden.

Wir Gedenken unter Einhalten der Corona-Regeln mit 1,5 m Abstand und Maske. Bitte zu Passanten 2 m Abstand halten, so die Auflagen. Das Einhalten ist unser Zeichen der Solidarität und der gegenseitigen Rücksichtnahme. Danke.

Bereits in jungen Jahren kämpften Rosa und Karl mit ihrer ganzen Kraft gegen den deutschen Militarismus, gegen Krieg und Kapitalismus, für Frieden und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für eine sozialistische Gesellschaft. Ihr Wirken war in der deutschen und auch internationalen Arbeiterbewegung Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts von großer Bedeutung, weshalb sie von den Herrschenden unerbittlich verfolgt wurden, eingekerkert, ermordet. Ihrer Gedenken wir heute.

Da dieses Jahr viele aufgrund der Pandemie nicht zur großen Demo nach Berlin gefahren sind, wollen wir ihrer an ihrem Todestag hier in Stuttgart gedenken. Zugleich wollen wir gegen die Polizeigewalt gegen die Gedenk-Demo in Berlin Stellung nehmen. Ca. 3000 Menschen beteiligten sich an dieser Demonstration, die von der Polizei massiv und mit großer Brutalität angegriffen wurde. Es wurde geschlagen, getreten, geschubst, Pfefferspray kam zum Einsatz. Demonstranten wurden unflätig beschimpft, es wurden Verhaftungen durchgeführt, und es gab zum Teil schwere Verletzungen bei Demoteilnehmern. Manche Demonstranten sprachen von einer sichtbaren Lust einiger Polizisten, Gewalt anzuwenden. Selbst Minderjährige, über 80jährige und Rollstuhlfahrer sind von Beamten attackiert worden. Als Vorwand diente - wie schon so oft - das Zeigen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. **Wir verurteilen diese Gewalt auf das Schärfste.** Offenbar sollte die Gunst der Stunde genutzt werden, um die bei den Herrschenden verhasste Luxemburg-Liebknecht-Demonstration zu kriminalisieren und endlich loszuwerden, es war ja absehbar, dass sie dieses Jahr aufgrund der Pandemie, gesundheitlicher Bedenken und Reisebeschränkungen deutlich kleiner ausfallen würde. Auch wenn nicht wie in den letzten Jahren 10.000 demonstrieren konnten, haben die DemoteilnehmerInnen sich ihr Recht nicht nehmen lassen und sind trotz alledem geschlossen zur Gedenkstätte am Friedhof der Sozialisten nach Friedrichsfelde gezogen. Ein großer Erfolg. Das Bündnis prüft juristische Schritte gegen diesen rechtswidrigen Polizeieinsatz.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Behandlung von Demos durch die Polizei je nach politischer Ausrichtung der Demo. In den vergangenen Wochen und Monaten griff sie **nicht** ein, wenn sogenannte Coronaleugner sich an keinerlei Maßnahmen zum Infektionsschutz hielten oder wenn sie unter den Augen der Beamten den ›Hitlergruß‹ oder die Reichskriegsflagge zeigten.

Das Jahr 2021 steht im Zeichen einer der heftigsten Krisen der letzten Jahrzehnte. Die Corona-Pandemie hat diese Krise verstärkt und zugleich die Widersprüche im Kapitalismus für viele offensichtlich gemacht. Die Pandemie wird zu massiven Angriffen auf die sozialen und demokratischen Rechte der Menschen genutzt. Die Krisenlasten werden auf die Beschäftigten abgewälzt, während Konzerne und Banken Milliardengeschenke erhalten. Die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft nimmt zu, immer mehr landen in Armut und Elend, während die Reichen immer reicher werden. Die spürbaren Folgen dieser Krise sind Entlassungen, Betriebsschließungen, Verlagerungen, Lohnkürzungen, Sozialabbau, steigende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Das Virus ist dafür nicht die Ursache, wie oft behauptet. Die Ursache der Krise ist das kapitalistische System. Die Folgen der Krise werden auf den Rücken der arbeitenden Bevölkerung abgewälzt. Wir sollen die Krisenlasten bezahlen. Für viele Menschen reicht es nicht mehr zum Nötigsten. Sie können zum Beispiel wegen Lohnausfällen durch Kurzarbeit Miete und Strom, Essen und Gesundheit nicht mehr bezahlen. Auch Menschen, die bisher zu den Gutverdienern gezählt wurden, geraten in der Krise finanziell unter Druck. Die Automobilindustrie droht mit dem Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, und lässt sich ihren Umbau von den Beschäftigten und Steuerzahlern bezahlen. Bei der Pandemie-Bekämpfung geht es nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern um das Aufrechterhalten der Produktion und die Sicherung der Interessen der Monopole, der Banken und Konzerne. Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, was die Werktätigen im Kapitalismus wert sind.

Diejenigen, die im Frühjahr im Gesundheits- und Bildungswesen, im Öffentlichen Personennahverkehr und im Einzelhandel beklatscht wurden, werden viel zu schlecht bezahlt. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt es an Personal, dort steigen Arbeitszeiten und Stress extrem an und sind immer unerträglicher, die Beschäftigten sind ausgelaugt und erschöpft. Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, Klinikschließungen trotz Pandemie und das Fallpauschalensystem gefährden die Gesundheit von Personal und Patienten. Das Gesundheitssystem ist seit Jahren schon überlastet. Es wurde kaputt gespart oder zu Profitzwecken privatisiert. In der Pandemie zeigen sich die Folgen mehr als deutlich: Es kostet Menschenleben.

Gleichzeitig erleben wir die Wucht einer ökologischen Krise. Sie stellt die Lebensgrundlage der Menschen in Frage. Sie wird verursacht durch Profitgier und kapitalistische Produktionsweise und verschärft sich angesichts der Ressourcenverschwendung immer weiter. Der Klimawandel und die Umweltzerstörung bedroht die gesamte Menschheit wie auch die Natur.

Unsere demokratischen Rechte werden massiv abgebaut – oft wird die Pandemie als Grund vorgeschoben. Den Herrschenden geht es aber nicht um unseren Gesundheitsschutz, sondern um ihren Machterhalt.

Die Bevölkerung soll sparen, aber die Ausgaben für Rüstung und Krieg steigen in diesem Land ins Unermessliche. Die Hochrüstung verschlingt immense Summen, die in allen Bereichen des sozialen Lebens – für Bildung, Gesundheit, Kultur, Öffentlichen Personennah- und Fernverkehr - fehlen. Wir leben heute in Zeiten wachsender Kriegsgefahr, auch drohender Gefahr einer atomaren Vernichtung.

Karl und Rosa zu gedenken heißt heute: Kriegspolitik stoppen! Umweltzerstörung bekämpfen! Ungerechtigkeit und Abbau sozialer und demokratischer Rechte verhindern! Die Reichen müssen ihre Krise bezahlen – Einführung einer Millionärssteuer! Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz! Ein gutes Gesundheitssystem erkämpfen, zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung! Der Kapitalismus darf nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Eine andere Welt bleibt unser Ziel. In diesem Sinne gedenken wir heute Karl und Rosa.

Wir werden heute 2 Reden hören – dazwischen musikalische Beiträge und zum Schluss Terminankündigungen Günther würdigt Leben und Wirken von Karl und Rosa.

Diethard erinnert an die Geschichte der Novemberrevolution in Württemberg und in Stuttgart.

Bitte denkt an die Corona-Regeln – haltet die Abstände ein und tragt eure Maske. Danke.

Ich bitte Günther ans Mikro – zur Würdigung von Leben und Wirken von Karl und Rosa.

Ich bitte Diethard ans Mikro – er erinnert an die Geschichte der Novemberrevolution in Württemberg

Terminankündigungen

Am Freitag, den 22. Januar 2021 tritt der **Atomwaffenverbotsvertrag** der UN endlich in Kraft, nachdem er am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen angenommen und mittlerweile von 51 Staaten ratifiziert wurde. Damit ist das Verbot des Einsatzes von Atomwaffen Bestandteil des Völkerrechts. Leider gehört die Bundesrepublik bis heute nicht zu den Unterzeichnerstaaten. Im Gegenteil, es gibt Pläne für die weitere atomare Aufrüstung der Bundeswehr in Form der geplanten Anschaffung von F/A-18 Kampffjets, die für den Abwurf der in Büchel gelagerten US-Atombomben geeignet sind.

Daher wird die Friedensbewegung am 22. Januar zwischen 13.30 und 15:00 Uhr in Stuttgart am Wilhelmsplatz vor dem SPD-Büro parallel zu vielen anderen Städten mit einer Aktion auf diesen bedeutenden Vertrag aufmerksam machen und damit auch den Druck auf die Bundesregierung erhöhen.

Anlässlich der **Befreiung von Auschwitz** findet am 27. Januar 2021 um 18:00 Uhr eine Gedenkkundgebung am Nordbahnhof Stuttgart an der Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ statt. Am 27.01.1945 erreichten die ersten Verbände der Roten Armee um 9 Uhr das Außenlager Auschwitz-Monowitz. Gegen 15 Uhr befreiten Rotarmisten das Lager. Die Gedenkveranstaltung soll die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus wachhalten, den Opfern gedenken und für die Zukunft mahnen. Gleichzeitig aber auch Mut machen den Kampf gegen Faschismus aufzunehmen und der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung ideologisch und auf der Straße entgegenzutreten.

Veranstalter: Mauthausenkomitee, Zusammen Kämpfen Stuttgart

Am 6.2. finden **Proteste gegen den AfD-Parteitag** statt. Los geht's um 11 Uhr am Echterdinger S-Bahnhof. Weitere Infos bei „Stuttgart gegen Rechts“.

Am 19.2. jährt sich der **rechte Anschlag in Hanau**. Auch dazu findet ihr in ein paar Tagen Infos bei DidF oder bei „Stuttgart gegen Rechts“.

Vielen Dank.....